

NECKARWESTHEIM, 12. NOVEMBER 2012

An der Wende müssen alle arbeiten

BZ-Podiumsdebatte mit Minister Untersteller auf der Zukunftsmesse Energie Neckarwestheim

Eine hochkarätige Talkrunde diskutierte bei der BZ-Zukunftsmesse über die Energiewende. Einig war sie sich in der Kritik an den zu langen Genehmigungsverfahren und am ausstehenden Entsorgungskonzept für den radioaktiven Müll beim Abbau von Kernkraftwerken.



Das Wetter hätte nicht besser sein können an diesem Samstagmontag, um über das Thema Energiewende zu diskutieren. Es regnete in Strömen, und kaum ein Lüftchen regte sich vor der Reblandhalle. Das heißt: Es gab weder Sonnen- noch Windenergie zu nutzen. Nebenan dampfte dafür der Kühlturm von GKN II kräftig, dessen Tage aber auch schon gezählt sind. Kann sie also gelingen, die Abkehr vom Atomstrom durch Nutzung von erneuerbaren Energieträgern? "Und wenn ja, wie verändert es das Land?", fragte BZ-Redaktionsleiter Andreas Lukesch in die Runde im bis auf den letzten Platz besetzten Konferenzraum.

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller verbreitete umgehend Zuversicht. "Wir haben noch so viel Potenzial für Windkraftanlagen in Hohenlohe, im Schwarzwald, auf der Schwäbischen Alb und im Oberland rund um Ravensburg." Bedauerlicher sei eher, dass ein Bundesland wie Rheinland-Pfalz "schon jetzt mehr Windkraftanlagen hat, als wir bis 2020 anstreben". Den Grund sieht er in den lange Zeit sehr schleppenden Genehmigungsverfahren, weshalb die grün-rote Landesregierung als eine ihrer ersten Amtshandlungen das Planungsrecht geändert habe.

Dieter Hallmann von der Energiegenossenschaft Ingersheim, die im Besitz der einzigen Windkraftanlage im Kreis Ludwigsburg ist, kann ein Lied davon singen. Zehn Jahre lang haben er und seine Mitstreiter kämpfen müssen, bevor ihr Windrad ans Netz gehen konnte. Es habe halt an der Rechtssicherheit gemangelt, zeigt er zumindest ein gewisses Verständnis für die Genehmigungsbeamten am Landratsamt. "Natur- und Umweltschutz müssen sein, aber so ein Projekt muss trotzdem machbar bleiben", sagte er aber auch. In diesem Punkt stimmte ihm auch Dr. Hans-Josef Zimmer, der Technikmanager von EnBW, zu: "Wir alle brauchen stabile rechtliche Rahmenbedingungen." Schließlich betrifft dies nicht nur Windräder, sondern auch Off-Shore-Anlagen sowie Gas- oder Kohlekraftwerke, die das Land für Spitzenlastzeiten im Winter auch künftig braucht. Grundsätzlich ist er der Meinung, dass die Energiewende nur dann gelingen kann, wenn alle mitmachen. Sie sei eine "gesellschaftliche Herausforderung".

Einig war sich die Runde auch in Bezug auf den Abbau ausgedienter Kernkraftwerke wie den des GKN I, das laut Zimmer gerade "brennstofffrei" gemacht wird. Denn wenn der eigentliche Rückbau beginnt, weiß gegenwärtig niemand, wohin dann der leicht radioaktive Abraum geschafft werden soll. Neckarwestheims Bürgermeister Mario Dürr und seinen Gemeinderat beschäftigt das schon lange, und der Schultes ärgert sich darüber, dass die Erzgrube Konrad bei Salzgitter, die sein Gremium besucht hat, noch immer nicht vom Bundesamt für Strahlenschutz dafür freigegeben ist. "Ich habe keine Lust, auch noch nach dem Rückbau Flächen für radioaktive Abfälle zur Verfügung zu stellen", sagte er. Seine Gemeinde möchte dort schließlich Gewerbe ansiedeln. "Die verantwortlichen Herrschaften sollten endlich in Bewegung gesetzt werden", forderte deshalb auch EnBW-Manager Zimmer. Untersteller habe sich in dieser Sache nicht nur mehrfach ans Bundesamt gewendet, sondern auch seine Amtskollegen Röttgen und Altmeier in Berlin angeschrieben. "Ich kann das Zeug schließlich nicht offen hier rumstehen lassen", klagte er. Bis 2019 müsse die Grube Konrad jedenfalls zur Verfügung stehen.

In einer anderen Frage jedoch widersprach er Bürgermeister Dürr. Als der den Verlust von 800 Arbeitsplätzen bei Stilllegung von GKN I und II beklagte und einen finanziellen Ausgleich à la Bundeswehr-Standorte forderte, hielt Untersteller das für nicht angemessen. Schließlich werde der Rückbau die meisten Mitarbeiter noch lange beschäftigen. Fachmann Zimmer stärkte ihm dabei den Rücken, indem er die Rückbauzeit für beide Kraftwerke auf bis 25 Jahre schätzte.

Was alle Verbraucher bekümmert, sind steigende Energiepreise. Moderator Lukesch sprach das Thema deshalb auch gezielt an. Für den Umweltminister liegen entsprechende Medienmeldungen dazu allerdings im Bereich der Märchenerzählungen. Denn Strompreiserhöhungen habe es auch davor schon immer gegeben. "Ich sehe keinen Anhaltspunkt dafür, dass sie jetzt stärker steigen", konstatierte er. Wo doch die Energiebörse derzeit Tiefpreise meldet. Zimmer wiederum stellte sich vehement dagegen, dass die Erzeuger immer schuld an hohen Preisen sein sollen. Seit 1998 seien nämlich nach seinen Berechnungen die Erzeugerpreise lediglich um acht Prozent gestiegen, während die staatlichen Umlagen in der gleichen Zeit um 178 Prozent angezogen hätten. Ist der Bürger trotzdem Energiepreissteigerungen schutzlos ausgeliefert? "Nein", so Untersteller, "wir haben schließlich einen liberalisierten Markt."

Redaktion: GÜNTHER JUNGNIKL

Energie und Zukunft im Mittelpunkt

Die erste BZ-Zukunftsmesse Energie in Neckarwestheim wurde mit einer hochkarätigen Runde eröffnet: Bürgermeister Mario Dürr, BW-Umweltminister Franz Untersteller, Dr. Hans-Josef Zimmer, EnBW, und Dieter Hallmann von der Energiegenossenschaft Ingersheim (v. li.) diskutierten. Alles zur Messe lesen Sie auf den Seiten 8, 9. Foto: Martin Kalb

